

LESERBRIEF: Windräder nicht bei allen willkommen

Wildwuchs vermeiden

Dr. Hartfrid Golf

Der "Südhessen Morgen" berichtet in seiner Ausgabe vom 5. November ("Mehr Schub für Windkraft"), dass sich Verwaltung und Parlament in einer Stellungnahme zum Entwurf des Landesentwicklungsplanes von Hessen dafür ausgesprochen haben, dass die im Entwurf vorgesehenen Vorrangflächen keine Ausschlusswirkung haben dürfen, so dass sie nur eine Empfehlung darstellen. Außerdem sollte verbindlich festgelegt werden, dass zwei Prozent der Lampertheimer Gemarkungsfläche mit Windkraftanlagen bebaut werden.

Man stelle sich einmal vor, diese bauplanerischen Leitlinien würden für alle Kommunen in Hessen oder in Deutschland gelten und alle würden sich danach richten. Ein Tsunami würde über das Land hinwegschwappen und bis in die letzten Winkel dringen - überall Windräder ohne Ende. Gemeint ist zwar, dass nur zwei Prozent der Fläche mit Windrädern direkt bebaut werden sollen. In Bezug auf die Sichtbarkeit, die optische Auffälligkeit und die Wirkung auf das Landschaftsbild in der flachen Ebene des Rheintals kommen jedoch praktisch 100 Prozent dabei heraus.

Die Lampertheimer Leitlinien gelten jetzt schon in Rheinland-Pfalz, und dort kann man sehen, wohin es führt, wenn den Kommunen keine Steuerung für den Bau von Windrädern vorgegeben wird. Im Nord-Hunsrück ist das Land weitflächig von ungeordnet herumstehenden Windrädern bedeckt. Jede Gemeinde veranstaltet dort offenbar ihre eigene kleinräumige Ansiedlungspolitik. Aus einer vormals reizvollen naturnahen Hochebene ist im Landschaftsbild ein Industriegebiet, vergleichbar dem Ruhrgebiet mit seinen vielen Industrietürmen und Schloten, geworden. Um solch einen Wildwuchs bei uns zu vermeiden, spricht sich der Kreis Bergstraße für die Ausschließlichkeitwirkung von Vorrangflächen für Windenergieanlagen aus.

Windräder haben es an sich, dass sie die Landschaft nicht nur einer Kommune, sondern auch die der Nachbargemeinden belasten. Hieraus entsteht eine verhängnisvolle Planungslogik: Gemeinden, die keine Windräder bauen, erleben gleichwohl die Nachteile der Windräder, die in den Nachbargemeinden hingestellt werden, sie haben aber nicht die Vorteile eigener Windräder, nämlich aus Pachtgebühren, Gewerbesteuern und Weglizenz. Sobald in einer Region eine Kommune mit dem Bau von Windrädern beginnt, wird nach dieser Logik ein Wettrennen angeheizt, das schließlich alle Kommunen dazu veranlasst, auf den fahrenden Zug zu springen.

Ich würde mir auch wünschen, dass Beschlüsse der städtischen Gremien, die weitreichende Folgen haben könnten, zuvor intensiv in der Öffentlichkeit diskutiert werden. In dieser öffentlichen Diskussion könnte man den Bürgern auch einmal die Kosten der Ausbaupläne veranschaulichen. In der Studie "ErneuerbarKomm" des Kreises Bergstraße sind die von den Kommunen angedachten Pläne für den Ausbau der gesamten erneuerbaren Energie in ihrer Gemarkung dargestellt. Wenn man diese Pläne verwirklichen würde, so würden für jeden Lampertheimer Einspeisekosten in Höhe von 440 Euro pro Jahr für die auf Lampertheimer Gemarkung errichteten Anlagen für erneuerbare Energie anfallen, die wir direkt mit unserer Stromrechnung oder indirekt über die Preise der gewerblichen Produkte bezahlen - und das 20 Jahre lang. Für einen Vierpersonen-Haushalt wären das 1760 Euro im Jahr. Weitere Abgaben an den Staat und die Transport- und Verteilungskosten für den erneuerbaren Strom kämen noch hinzu.

© Südhessen Morgen, Donnerstag, 13.12.2012